

Kostendeckung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises des Landkreises Friesland

Finanzlage der niedersächsischen Landkreise

Nach den Ergebnissen einer NLT-Umfrage sei bei vielen Landkreisen eine deutliche Verschlechterung der Haushaltslage zu verzeichnen, vor allem pandemiebedingt. Auch der Landkreis Friesland ist hiervon betroffen. Gerade in Anbetracht der angespannten finanziellen Lage der Landkreise kann es sinnvoll sein u. a. eine Überprüfung der Kostendeckung im Bereich der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises anzustreben. Im Zuge dessen soll im Folgenden ein Überblick geschaffen werden über Erstattungen und Zuweisungen von Land und Bund an den Landkreis Friesland und inwieweit hierdurch die entstandenen Kosten gedeckt werden.

Kostendeckung

Die Kostendeckung von Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises erfolgt durch Erstattungen, Zuweisungen; hierbei verbleibende Fehlbeträge müssen durch Kreisumlage und weitere Erträge ausgeglichen werden. Nicht alle Kosten, die durch die Wahrnehmung von Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises entstehen, werden von Bund und Land durch Erstattungen oder Zuweisungen gedeckt. Die Kosten können auf Personalkosten, Sachkosten und Leistungen aufgeteilt werden.

Informationen aus dem Haushaltsplan 2022

Übersicht Kostenerstattungen

| Beschreibung | Haushalt 2021 | Haushalt 2022 |
|-------------------------|-----------------|-----------------|
| Erstattungen vom Bund | - € | 1.500,00 € |
| Erstattungen vom Land | 45.975.375,00 € | 46.171.173,00 € |
| Erstattungen vom Land 2 | 2.800,00 € | 2.800,00 € |
| | 45.978.175,00 € | 46.175.473,00 € |

Übersicht Zuweisungen

| Beschreibung | Haushaltsplan 2021 | Haushaltsplan 2022 |
|--|--------------------|--------------------|
| Schlüsselzuweisungen vom Land | 28.229.091,00 € | 30.885.324,00 € |
| Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land | 3.567.085,00 € | 3.643.097,00 € |
| Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Bund | 6.328.641,00 € | 6.386.424,00 € |
| Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Land | 4.821.650,00 € | 5.097.050,00 € |
| | 42.946.467,00 € | 46.011.895,00 € |

Teilhaushalt: Soziales und Senioren

„Mit der Schaffung des neuen SGB IX in der Gestalt des Bundes-Teilhabe-Gesetzes (BTHG) wurde die bisherige Finanzregelung über das sogenannte Quotale System abgeschafft. Durch die Neuregelung des finanziellen Ausgleichs ist es zunächst zu einer erheblichen Schlechterstellung des Landkreises gegenüber der früheren Regelung gekommen.

Prognostiziert wurden seinerzeit bis zu 2 Mio. € für den Landkreis. Durch Nachsteuerungsmaßnahmen des Landes aufgrund von Protesten der niedersächsischen Kommunen wurde der Rückgang der Landeserstattungen gemildert, so dass 2021 gegenüber der früheren Regelung von einer Schlechterstellung von rd. 600 Tsd. € auszugehen ist. Weitere Auswirkungen durch zusätzliche Reduzierungen sind aber ab 2023 zu erwarten.“

„Der gesamte Zuschussbedarf des Teilhaushalts Soziales und Senioren beträgt 2022 8,44 Mio. €, im Vergleich zur Vorjahresplanung fast gleichbleibend, bei Gesamtaufwendungen von 51,4 Mio. €, ebenfalls wie im Jahr davor. Mit der Schaffung des neuen SGB IX in der Gestalt des Bundes-Teilhabe-Gesetzes (BTHG) ist der Bereich der Eingliederungshilfen für behinderte Menschen seit Anfang 2020 nicht mehr im SGB XII, sondern im SGB IX verankert. Dadurch ergeben sich neben den bereits dargestellten neuen Erstattungsregelungen des Landes starke Veränderungen in der Finanzierung der Leistungen selbst. So haben sich vor 2020 Kostenträger und Leistungsanbieter auf eine Leistungsberechtigtengruppe (LBGR) geeinigt. Ab 2020 gilt, dass für die Eingruppierung von leistungsberechtigten Personen dieses Einstufungsverfahren zwischen Kostenträger und Leistungsanbieter entfällt, wenn die leistungsberechtigte Person durch ein MDK-Gutachten nachweisen kann, dass ihr Pflegegrad 4 bzw. 5 zuerkannt wurde. Dies gilt sowohl für Neufälle als auch für Bestandsfälle. Danach werden erwachsene behinderte Menschen, die in den Pflegegrad 4 eingeordnet sind, ab dem 01.01.2019 abweichend von dem bisherigen Verfahren mindestens in die LBGR 4 eingestuft. Entsprechend gilt für Personen, die in den Pflegegrad 5 eingeordnet sind, diese werden automatisch in die LBGR 5 eingestuft. Für die Leistungsberechtigtengruppen (LBGR) sind bei den Einrichtungen unterschiedliche Personalschlüssel hinterlegt. Bei LBGR 2 ist der Personalschlüssel 1:12, bei LBGR 4 dagegen bei 1:4,7. Bei LBGR 5 sogar 1:3. Dies bedeutet, dass die Einrichtungen neues Personal einstellen müssen, um den veränderten Personalschlüssel zu erfüllen. Neben leicht steigenden Fallzahlen wirkt sich diese Verfahrensänderung stark kostensteigernd aus. Die Eingliederungshilfe bildet das mit Abstand am schwierigsten zu planende Produkt, da kleine Veränderungen (z.B. die Aufnahme von Personen in eine Einrichtung) große Auswirkungen auf den Haushalt haben können und das Produkt einem stetigen Wandel unterliegt. Hier sind in vielen Bereichen Veränderungen eingetreten, die die Haushaltszahlen beeinflussen. Den einzelnen Grund für eine Abweichung gibt es hier nicht. Meistens sind aber unvorhersehbare Zu- oder Abgänge erheblich für die finanziellen Änderungen.“

Nachfolgend eine Übersicht zu den maßgeblichen Bereichen:“

| Produktbezeichnung | 2020 Plan | 2021 Plan | 2022 Plan | 2023 Plan | 2024 Plan | 2025 Plan |
|---|-------------|-------------|-------------------|------------|------------|------------|
| Hilfe zum Lebensunterhalt | 1.554.000 | 1.671.000 | 1.041.000 | 1.041.000 | 1.041.000 | 1.041.000 |
| Hilfe zur Pflege | 1.033.800 | 2.640.450 | 3.082.200 | 2.882.200 | 2.882.200 | 2.882.200 |
| Eingliederungshilfe nach SGB IX (neu) | 1.080.500 * | 1.518.400 * | 5.175.500 | 3.975.500 | 3.975.500 | 3.975.500 |
| Hilfe zur Gesundheit | 520.500 | 405.500 | 425.500 | 425.500 | 425.500 | 425.500 |
| Sonstige Hilfen | 93.250 | 316.500 | 338.500 | 338.500 | 337.250 | 337.250 |
| Grundsicherung | 7.680.000 | 7.205.500 | 7.355.500 | 7.155.500 | 7.155.500 | 7.155.500 |
| Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz | 811.000 | 1.461.000 | 1.491.000 | 1.491.000 | 1.291.000 | 1.391.000 |
| Summe: | 11.962.050 | 13.757.350 | 18.909.200 | 17.309.200 | 17.107.950 | 17.207.950 |
| Zahlungen des Landes, Abrechnung SGB XII | 7.100.000 | 7.100.000 | 10.800.000 | 10.900.000 | 11.000.000 | 11.100.000 |
| Nettozuschuss: | 4.862.050 | 6.657.350 | 8.109.200 | 6.409.200 | 6.107.950 | 6.107.950 |

* Ist-Werte in 2020 2,34 Mio.; 7,7 Mio € in 2021

Teilhaushalt Jobcenter

„Seit 2012 ist der Landkreis Friesland als zugelassener kommunaler Träger für die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) zuständig. Die Beratung, Betreuung und Vermittlung von erwerbsfähigen und hilfebedürftigen Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht selber sichern können, wird komplett und eigenverantwortlich vom Landkreis an seinen zwei Jobcenter-Standorten Jever und Varel erfüllt. Die dafür erforderlichen Aufwendungen werden von der Bundesagentur für Arbeit erstattet, wobei der Landkreis weiterhin selbst für die Leistungen für Unterkunft und Heizung (§ 23 SGB II) zuständig bleibt. Diese Leistung wird jedoch vom Bund mitfinanziert, der Bundesanteil wurde im 2. Halbjahr 2020 rückwirkend und für die Folgejahre erhöht. Aufgrund der Übernahme eines höheren Anteils bei den kommunalen Kosten der Unterkunft und Heizung durch den Bund in 2021 verminderte sich der Zuschussbedarf für den Landkreis bei diesem Produkt von 5,98 Mio. planmäßig auf 2,86 Mio. Euro.

Die Leistungen für Bildung und Teilhabe werden ebenfalls nicht 1:1 erstattet. Die Erstattung ergibt sich als Anteil der Aufwendungen für Kosten der Unterkunft. In den vergangenen Jahren gab es dadurch immer noch einen Fehlbetrag in 6-stelliger Höhe, der dann aber vom Land Niedersachsen ausgeglichen wurde. Dieser Ausgleich wurde nun in 2021 (unterjährig) eingestellt. Damit erhöht sich der Zuschussbedarf im Bereich der Kosten der Unterkunft und Heizung für 2022 um rd. 550 Tsd. € auf 3,41 Mio. €.

Daraus ergeben sich folgende Zuschussbedarfe:“

| Produktbezeichnung | 2020 Plan | 2021 Plan | 2022 Plan | 2023 Plan | 2024 Plan | 2025 Plan |
|-----------------------------|-----------|-----------|------------------|-----------|-----------|-----------|
| Unterkunft und Heizung | 5.978.801 | 2.863.774 | 3.382.107 | 3.877.511 | 4.232.511 | 4.232.511 |
| Einmalige Leistungen SGB II | 152.000 | 100.000 | 102.000 | 102.000 | 102.000 | 102.000 |
| Verwaltung | 1.017.414 | 1.132.413 | 983.315 | 996.398 | 1.015.434 | 1.034.222 |
| Summe: | 7.148.215 | 4.096.187 | 4.467.422 | 4.975.909 | 5.349.945 | 5.368.733 |

Teilhaushalt Jugend, Familie, Schule und Kultur

„Im Bereich des Unterhaltsvorschlusses sind Aufwendungen von rund 3,46 Mio. € für die Leistung selbst veranschlagt (2021: rd. 3,43 Mio. €). Dem stehen Erträge in Form von Erstattungen vom Land in Höhe von 2,0 Mio. € (2021: 2,0 Mio. € / 2020: 2,49 Mio. €) und Unterhaltserstattungen von rd. 900 Tsd. € gegenüber. Der Zuschussbedarf bei diesem Produkt wird für 2022 rd. 526 Tsd. € betragen (2021: 502 Tsd. €).“

Angaben und Erfahrungswerte aus den Fachbereichen

- Im Jobcenter werden die Netto-Auszahlungen für Verwaltungskosten nach Abzug des kommunalen Finanzierungsanteils von ca. 15% zu 85% erstattet.
- Von den gesamten veranschlagten Personalaufwendungen des Landkreises (nicht nur für „erstattungsfähige“ Aufgaben, sondern alle) werden ca. 17 % im Jahr 2022 erstattet.

Schwierigkeit der Berechnung der Kostendeckung

- Viele Kosten lassen sich nicht genau zuordnen, z. B. Personalkosten. Wenn ein Mitarbeiter z. B. nicht nur Aufgaben ausübt die von Land und Bund erstattet werden, sondern auch andere Aufgaben, müsste zur genauen Berechnung des Kostendeckungsanteils regelmäßig der Anteil der für die Erstattung vorgesehenen Aufgaben aller Stellen erfasst werden.
- Zuweisungen können auch für freiwillige Aufgaben, das heißt es müsste nachvollziehbar sein, welche Zuweisungen zu welchen exakten Aufgaben gehören.
- Die Kosten können nicht einfach nach übertragenen und freiwilligen Aufgaben aufgeschlüsselt werden.
- Eine Aufschlüsselung der Kosten nach PSP-Elementen ist ungenau, da hier mehr gebucht wird als nur der Teil der Aufgaben auf die sich die Erstattungen und Zuweisungen beziehen.

Leistungen innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs

1. Bedarfszuweisungen
2. Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises
3. Schlüsselzuweisungen
4. Übrige Zuweisungen

„Bei der überwiegenden Zahl der kommunalen Gebietskörperschaften reichen die Erträge aus öffentlich-rechtlichen (Steuern, Gebühren, Beiträge) und privatrechtlichen Quellen nicht aus, um die notwendigen Aufwendungen zu decken. Daher sind ergänzende Systeme

notwendig, diese Träger öffentlicher Aufgaben mit ausreichenden Mitteln auszustatten. Eines dieser Systeme ist der kommunale Finanzausgleich.

In Artikel 106 Abs. 7 des Grundgesetzes findet sich die rechtliche Grundlage für den kommunalen Finanzausgleich. Daran anknüpfend ist es Aufgabe der Länder, die notwendigen Regelungen für eine ausreichende Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände zu treffen. Im Land Niedersachsen wird diese Pflicht in Artikel 58 der Niedersächsischen Verfassung aufgegriffen. Einerseits gewährt das Land hier den Gemeinden und Landkreisen das Recht auf Erschließung eigener Steuerquellen und andererseits verpflichtet es sich, einen übergemeindlichen Finanzausgleich durchzuführen.

Die Details dieses übergemeindlichen Finanzausgleiches werden durch das Niedersächsische Gesetz über den Finanzausgleich (NFAG) und das Niedersächsische Gesetz zur Regelung der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen (NFVG) bestimmt. Während das NFVG die Höhe des im kommunalen Finanzausgleich zu verteilenden Betrages bestimmt und dem Geschäftsbereich des Finanzministerium zuzuordnen ist, enthält das dem Innenministerium zuzurechnende NFAG Regelungen, wie die im NFVG bereitgestellten Mittel unter den Gemeinden und Landkreisen aufgeteilt werden.

Der im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zu verteilende Betrag, die sogenannte Zuweisungsmasse, wird aus den Anteilen zahlreicher dem Land zustehender Steuern und Einnahmen ermittelt. Mit Hilfe der Steuerverbundquote wird bestimmt, mit welchem Anteil am anrechenbaren Gesamteinkommen des Landes die Kommunen beteiligt werden (zurzeit 15,50 %, ca. 5 Mrd. EURO). Da es hier um einen sehr hohen Einzelbetrag geht, ist die Steuerverbundquote häufig das Ziel politischer Auseinandersetzungen.

Der Zuweisungen des kommunalen Finanzausgleiches lassen sich in drei Arten aufteilen:

Die größte Summe und damit auch der bedeutendste Teil des Finanzausgleichs entfällt auf die Schlüsselzuweisungen. Schlüsselzuweisungen werden finanzkraftabhängig verteilt, d.h. Kommunen mit niedrigen eigenen Steuereinnahmen erhalten höhere Schlüsselzuweisungen als solche mit hohen eigenen Steuereinnahmen. Dadurch wird gewährleistet, dass der Abstand der den Kommunen pro Einwohner insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel zwischen den Körperschaften nicht zu groß wird. Damit soll auf eine Gleichheit der Lebensverhältnisse in Niedersachsen hingewirkt werden. Als Grundsatz gilt, dass der Unterschied zwischen Bedarf und Steuerkraft zu 75 % durch Schlüsselzuweisungen ausgeglichen wird. Ist die Steuerkraft hingegen höher als der Bedarf, wird der überschüssige Betrag mit der sogenannten Finanzausgleichsumlage zu einem Fünftel abgeschöpft und in die Zuweisungsmasse einbezogen.

Der zweitgrößte Posten entfällt auf die Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises. Aufgaben, die eigentlich dem Staat obliegen, kann das Land zur Ausführung an die Kommunen übertragen. Für die bei der Wahrnehmung dieser Angelegenheiten anfallenden Kosten muss das Land einen finanziellen Ausgleich leisten.

Den dritten und kleinsten Teil bilden die Bedarfszuweisungen. Sie können in begründeten Ausnahmefällen im Rahmen einer antragsbezogenen Einzelfallprüfung gewährt werden; sie dienen der Abdeckung von Fehlbeträgen oder auch der Finanzierung von Investitionen.“
(https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/themen/kommunen/kommunale_finanzen/kommunale-finanzen-62490.html)

Berechnung der Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich für Landkreise

| Zuweisungsmasse (lt. Haushaltsplan) (abzüglich Zuweisungen zugunsten von Kreisaufgaben) | |
|--|---|
| - | Finanzausgleichsumlage (lt. Haushaltsplan) |
| + | Steuerverbundabrechnung Vorjahr |
| = | Zuweisungsmasse |
| - | Bedarfszuweisungen |
| - | Ansatz für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises Gemäß der Einwohnerzahl |
| = | Verbleibender Betrag für Schlüsselzuweisungen (einschließlich Finanzausgleichsumlage) |

Landkreis Friesland im kommunalen Finanzausgleich

| Rechtsgrundlage | Beschreibung | Zuweisungen 2021 | Zuweisungen 2022 |
|------------------------|---|-------------------------|-------------------------|
| § 2 S. 1 Nr. 1 NFAG | Bedarfszuweisungen | 0,00 € | 0,00 € |
| § 2 S. 1 Nr. 2 NFAG | Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises | 3.567.080 € | 3.624.528,00 € |
| § 3 S. 1 Nr. 2 NFAG | Schlüsselzuweisungen für Kreisaufgaben an Landkreise | 28.621.248 € | 32.044.360,00 € |

Zuweisungen 2021

| Bedarfszuweisungen § 2 NFAG | Betrag 2021 |
|------------------------------------|--------------------|
| Bedarfszuweisungen | - € |

| Finanzausgleich §§ 2, 3 NFAG, § 20 (1) NFAG | Betrag 2021 |
|---|--------------------|
| Schlüsselzuweisungen Kreisaufgaben | 28.621.248,00 € |
| Schlüsselzuweisungen Gemeindeaufgaben | 30.451.648,00 € |
| Zuweisungen Aufgaben übertragener Wirkungskreis - Landkreis | 3.567.080,00 € |
| Zuweisungen Aufgaben übertragener Wirkungskreis - kreisang. Gemeinden | 2.549.872,00 € |
| Ergebnis | 65.189.848,00 € |

| Finanzausgleichsumlage § 16 i.V.m. § 20 (1) NFAG | Betrag 2021 |
|---|--------------------|
| Finanzausgleichsumlage | - € |
| Ergebnis | - € |

| Umlagen NKHG § 2 (3), (4) NKHG | Betrag 2021 |
|------------------------------------|----------------|
| § 9 (2) Nr. 1-3 KHG | 15.672,00 € |
| § 9 (2) Nr. 5 und 6 sowie (3) KHG | 422.120,00 € |
| § 9 (1) KHG | 412.152,00 € |
| § 9 (1) KHG - Schuldendiensthilfen | - € |
| Krankenhausstrukturfonds | - € |
| Sondervermögen Zukunftssicherung | - € |
| KHG7 | 206.856,00 € |
| KHG8 | 167.880,00 € |
| KHG9 | 289.304,00 € |
| Ergebnis | 1.513.984,00 € |

| Entschuldungsumlage § 14d (1), (3) NFAG | Betrag 2021 |
|--|--------------|
| Entschuldungsumlage - Landkreis | 193.384,00 € |
| Entschuldungsumlage - kreisang. Gemeinden | 184.024,00 € |
| Ergebnis | 377.408,00 € |

| Auszahlungsbetrag | Betrag 2021 |
|-------------------|-----------------|
| Auszahlungsbetrag | 63.298.456,00 € |

Schlüsselzuweisungen 2021

| Beschreibung | Ansatz 2021 | Betrag 2021 |
|---|----------------|------------------|
| 1) Einwohner am 30.06.2021 oder höher gem. § 7 (2) NFAG | 99.066 | |
| 2) Zusätzliche Einwohner gem. § 7 NFAG Anlage 3a | 43.879 | |
| 3) Bedarfsansatz (Nr. 1 + Nr. 2) | 142.945 | |
| 4) Grundbetrag | | 586,69 € |
| 5) Bedarfsmesszahl (Nr. 3 * Nr. 4) | | 83.864.402,00 € |
| 6) Steuerkraftmesszahlen für Zuweisungen der kreisang. Gemeinden und gemeindefreien Gebiete | | 84.063.598,00 € |
| 7) Schlüsselzuweisungen der Gemeinden | | 30.451.648,00 € |
| 8) Umlagegrundlage für Zuweisungen (Nr. 6 + 90% von Nr. 7) | | 111.470.081,00 € |
| 9) Umlagekraftmesszahl für Zuweisungen (41% von Nr. 8) | | 45.702.733,00 € |
| 10) Unterschiedsbetrag (Nr. 5 abzüglich Nr. 9) | | 38.161.669,00 € |
| 11) 75% des Unterschiedsbetrages | | 28.621.252,00 € |
| 12) Sockelgarantie nach § 4 (4) S. 2 NFAG | | - € |
| 13) Zusammen (Nr. 11 + Nr. 12) | | 28.621.248,00 € |
| 14) Schlüsselzuweisungen (gerundet gem. § 20 (1) NFAG) | | 28.621.248,00 € |
| Auszahlungsbetrag | | 28.621.248,00 € |

Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises 2021

| Beschreibung | Ansatz 2021 | Betrag 2021 |
|---|-------------|----------------|
| 1) Betrag je Einwohner gem. § 2 NFGV | | 61,90 € |
| 2) Einwohner am 30.06.2021 gem. § 17 NFAG | 98.820 | |
| 3) Zuweisungen (Nr. 1 * Nr. 2) | | 6.116.958,00 € |
| Jahresbetrag | | 6.116.958,00 € |
| davon Jahresbetrag kreisang. Gemeinden | | 2.549.872,00 € |
| verbleibender Jahresbetrag | | 3.567.080,00 € |

Erstattungen, Zuweisungen 2021

| PSP | Bezeichnung | Erstattungen, Zuweisungen 2021 |
|---------------------|--|--------------------------------|
| P1.01.11.111220 | Personalverwaltung und Entgeltabrechnung | 11.768,00 € |
| P1.01.11.111420.170 | BW Pestalozzischule Varel | 2.160,00 € |
| P1.01.11.111420.180 | BW Heinz-Neukäter-Schule | 2.160,00 € |
| P1.01.12.122110 | Allgemeine Gefahrenabwehr | 741,00 € |
| P1.01.12.122130 | Allgemeine Gewerbeaufsicht | 1.111,00 € |
| P1.01.12.122140.200 | Jagdwesen | 3.833,00 € |
| P1.01.12.122210 | Staatsangehörigkeit und Personenstand | 1.428,00 € |
| P1.01.12.122440 | Verkehrslenkung,-regelung, Genehmigungen | 4.813,00 € |
| P1.01.12.122610 | Schutz der Gewässer | 1.417,32 € |
| P1.01.12.122620 | Deichrechtl. Angelegenheiten/ Haferecht | 2.044,00 € |
| P1.01.12.126100.010 | Brandschutzrechtliche Stellungnahmen | 48.000,00 € |
| P1.01.12.126200.010 | Feuerwehr | 81.407,21 € |
| P1.01.12.128000 | Maßn. z. Schutz der Bev./Katastr.-Schutz | 7.927,87 € |
| P1.02.21.210000.010 | Verwaltung der kreiseigenen Schulen | 696.370,55 € |
| P1.02.21.210000.030 | Gastschulgelder | 38.999,13 € |
| P1.02.23.231020 | BBS Varel | 6.468,00 € |
| P1.03.31.311000 | Zahlungen des Landes, Abrechnung SGB XII | 8.055.437,15 € |
| P1.03.31.311000.020 | Erstattungen gem. SGB XII im Rahmen BTHG | 3.760.705,97 € |
| P1.03.31.311210.100 | Obj.-bez. Förd.(NpflgeG)Teilstat. Einr. | 306.700,40 € |
| P1.03.31.311210.300 | Obj.-bz. Förd.(NpflgeG)Ambul. Einr. ö.-r. | 14.024,56 € |
| P1.03.31.311210.400 | Objektbez.Förd.(NpflgeG)Amb. Einr. frT | 795.324,16 € |
| P1.03.31.311900.010 | Verwaltung der Sozialhilfe allgemein | 38.561,57 € |
| P1.03.31.311900.400 | Seniorenservicebüro | 40.000,00 € |
| P1.03.31.312500.800 | Sonderprogramm zur Förderung schwerbehinderter Menschen in Niedersachsen | 24.408,90 € |
| P1.03.31.313000.201 | Leistungen nach §3 AsylbLG -Asylbewerber | 6.262.685,00 € |
| P1.03.31.314000.020 | Erstattungen des Landes nach dem SGB IX | 23.674.473,17 € |
| P1.03.31.314000.860 | Inklusionspauschale (inkl. Schule) | 59.198,00 € |
| P1.03.34.341000 | Unterhaltsvorschuss (UVG) | 2.014.338,04 € |
| P1.03.34.345000 | Landesblindengeld | 380.567,38 € |
| P1.03.36.361000.010 | Förderung in Tageseinrichtungen | 51.781,02 € |
| P1.03.36.361000.020 | Tagespflege | 227.263,15 € |
| P1.03.36.361000.030 | Sprachförderung | 248.602,23 € |

| | | |
|---------------------|--|-----------------|
| P1.03.36.361000.365 | Zahlungen an Kindertageseinrichtungen | 19.156,12 € |
| P1.03.36.362000.040 | Pro-Aktiv-Center | 71.319,98 € |
| P1.03.36.363000.010 | Familienförderung - Familien- und Kinderservicebüros | 44.828,00 € |
| P1.03.36.363000.020 | Familienhebammen | 49.886,00 € |
| P1.03.36.363012 | Jugendhilfe im Strafverfahren | 19.164,00 € |
| P1.03.36.363300.060 | Vollzeitpflege | 23.128,80 € |
| P1.03.36.363300.070 | Heimerziehung | 360.457,60 € |
| P1.03.36.363400.010 | Hilfe für junge Volljährige | 240.521,51 € |
| P1.03.36.363400.020 | Maßnahmen zum Schutz von Kindern | 18.027,72 € |
| P1.03.36.363400.030 | Eingliederungshilfe ambulant | 59.198,00 € |
| P1.03.36.363990 | Elterngeld | 109.990,00 € |
| P1.04.41.414220 | Gesundheitsaufsicht | 223.875,00 € |
| P1.04.41.414220.200 | Erstattungen nach dem IfSG | 611.686,21 € |
| P1.04.41.414700 | Gesundheitsregion | 56.041,27 € |
| P1.05.51.511210 | Bauleitplanungen | 40.279,00 € |
| P1.05.51.511310 | ÖPNV | 49.200,00 € |
| P1.05.51.511310.100 | Planung verkehrlicher Infrastruktur | 1.402.173,22 € |
| P1.05.51.511310.200 | Planung ÖPNV | 1.615.255,00 € |
| P1.05.52.522000 | Wohnungsbauförderung | 43.792,00 € |
| P1.05.52.523000 | Denkmalschutz | 3.400,00 € |
| P1.05.53.537010 | Aufgaben der Abfallbehörde | 463,00 € |
| P1.05.53.538000 | Abwasserbeseitigung | 39.859,20 € |
| P1.05.54.542000.030 | Straßenrecht | 5.494,00 € |
| P1.05.55.552020 | Landwirtsch., Wasser-, Boden-, Realverbände | 8.432,00 € |
| P1.05.55.554000.030 | Schutz, Pflege von Natur und Landschaft | 66.802,00 € |
| P1.05.55.554000.040 | Pläne und Programme | 42.799,00 € |
| P1.05.55.554000.048 | Projekt 3, Klimaschutz durch Moorentwicklung | 27.329,62 € |
| P1.05.57.571010.010 | Europäischer Meeres- u. Fischereifonds | 1.126,06 € |
| Ergebnis | | 52.118.403,09 € |

Zuweisungen 2022

| Finanzausgleich § 20 (1) NFAG | Betrag 2022 |
|---|--------------------|
| Schlüsselzuweisungen Kreisaufgaben | 32.044.360,00 € |
| Schlüsselzuweisungen Gemeindeaufgaben | 32.861.792,00 € |
| Zuweisungen Aufgaben übertragener Wirkungskreis - Landkreis | 3.624.528,00 € |
| Zuweisungen Aufgaben übertragener Wirkungskreis - kreisang. Gemeinden | 2.591.160,00 € |
| Ergebnis | 71.121.840,00 € |

| Finanzausgleichsumlage § 16 i.V.m. § 20 (1) NFAG | Betrag 2022 |
|---|--------------------|
| Finanzausgleichsumlage | - € |
| Ergebnis | - € |

| Umlagen NKHG § 2 (3), (4) NKHG | Betrag 2022 |
|--|----------------|
| § 9 (2) Nr. 1, 2 und 3 KHG | - € |
| § 9 (2) Nr. 5 und 6 sowie (3) KHG | - € |
| § 9 (1) KHG | - € |
| § 12a KHG | 207.616,00 € |
| § 14a KHG | 168.504,00 € |
| § 9 (1) KHG | 231.832,00 € |
| Zins- und Tilgungsleistungen Zukunftssicherung | 115.744,00 € |
| § 9 (2) Nr. 1 KHG | 24.416,00 € |
| § 9 (3) KHG | 424.520,00 € |
| § 9 (1) KHG | 414.128,00 € |
| Ergebnis | 1.586.760,00 € |

| Entschuldungsumlage § 14d (1), (3) NFAG | Betrag 2022 |
|--|--------------|
| Entschuldungsumlage - Landkreis | 197.464,00 € |
| Entschuldungsumlage - kreisang. Gemeinden | 185.104,00 € |
| Ergebnis | 382.568,00 € |

| Auszahlungsbetrag | Betrag 2022 |
|-------------------|-----------------|
| Auszahlungsbetrag | 69.152.512,00 € |

Schlüsselzuweisungen 2022

| Beschreibung | Ansatz 2022 | Betrag 2022 |
|---|-------------|------------------|
| 1) Einwohner am 30.06.2021 oder höher gem. § 7 (2) NFAG | 99.365 | |
| 2) Zusätzliche Einwohner gem. § 7 NFAG Anlage 3a | 46.974 | |
| 3) Bedarfsansatz (Nr. 1 + Nr. 2) | 146.339 | |
| 4) Grundbetrag | | 612,32 € |
| 5) Bedarfsmesszahl (Nr. 3 * Nr. 4) | | 9.606.296,00 € |
| 6) Steuerkraftmesszahlen für Zuweisungen der kreisang. Gemeinden und gemeindefreien Gebiete | | 84.767.015,00 € |
| 7) Schlüsselzuweisungen der Gemeinden | | 32.861.792,00 € |
| 8) Umlagegrundlage für Zuweisungen (Nr. 6 + 90% von Nr. 7) | | 114.342.628,00 € |
| 9) Umlagekraftmesszahl für Zuweisungen (41% von Nr. 8) | | 46.880.477,00 € |
| 10) Unterschiedsbetrag (Nr. 5 abzüglich Nr. 9) | | 42.725.819,00 € |
| 11) 75% des Unterschiedsbetrages | | 32.044.364,00 € |
| 12) Sockelgarantie nach § 4 (4) S. 2 NFAG | | - € |
| 13) Zusammen (Nr. 11 + Nr. 12) | | 32.044.364,00 € |
| 14) Schlüsselzuweisungen (gerundet gem. § 20 (1) NFAG) | | 32.044.360,00 € |
| Auszahlung | | 32.044.360,00 € |

Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises 2022

| Beschreibung | Ansatz 2022 | Betrag 2022 |
|---|-------------|----------------|
| 1) Betrag je Einwohner gem. § 2 NFVG | | 62,76 € |
| 2) Einwohner am 30.06.2021 gem. § 17 NFAG | 99.039 | |
| 3) Zuweisungen (Nr. 1 * Nr. 2) | | 6.215.688,00 € |
| Jahresbetrag | | 6.215.688,00 € |
| davon Jahresbetrag kreisang. Gemeinden | | 2.591.160,00 € |
| verbleibender Jahresbetrag | | 3.624.528,00 € |

Leistungen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs

Aus dem jährlichen Bericht des LSN:

„Neben dem eigentlichen Finanzausgleich werden vom LSN für weitere Aufgaben Zuweisungen an die Kommunen ausgezahlt, wobei diese Zahlungen nicht die Zuweisungsmasse vermindern. Die Auszahlungen erfolgen als Einmalzahlungen am 20.6. eines Jahres. Hier kommt das in der Landesverfassung verankerte Prinzip der Konnexität zur Anwendung, wonach das Land den Kommunen zusätzliche oder im Umfang veränderte übertragene Aufgaben zu 100 % finanzieren muss. Wegen der Interessensquote von 25 % – dieser Kostenanteil muss von den Kommunen aus Eigeninteresse an der Durchführung der Aufgabe getragen werden – können diese Aufgaben nicht über die Zuweisungen für den übertragenen Wirkungskreis abgegolten werden.“

(<https://www.statistik.niedersachsen.de/download/179559>)

Leistungen für neu zugewiesene oder übertragene Aufgaben (§ 4 NFVG)

Der Betrag wird nach Einwohnerzahl der Kommunen aufgeteilt.

| Rechtsgrundlage | Beschreibung Land | Zuweisungen, Erstattungen 2021 | Zuweisungen, Erstattungen 2022 |
|---------------------|------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|
| § 4 (1) Nr. 1 NFVG | Elterngeld-Elternzeitgesetz | 109.990,00 € | 109.970,00 € |
| § 4 (1) Nr. 2a NFVG | Zulassung Straßenverkehr | 1.236,00 € | 1.236,00 € |
| § 4 (1) Nr. 2b NFVG | Forstwirtschaftsrecht | 8.432,00 € | 8.432,00 € |
| § 4 (1) Nr. 2c NFVG | Straßen- und Wegerecht | 5.494,00 € | 5.494,00 € |
| § 4 (1) Nr. 2d NFVG | Jagdrecht | 3.833,00 € | 3.833,00 € |
| § 4 (2) Nr. 1 NFVG | Städtebaurecht | 6.303,00 € | 6.302,00 € |
| § 4 (2) Nr. 2 NFVG | Heimrecht | 2.595,00 € | 2.595,00 € |
| § 4 (2) Nr. 3 NFVG | Aufsicht wirtsch. Vereine | 741,00 € | 741,00 € |
| § 4 (2) Nr. 4 NFVG | Schornsteinfegerwesen | 741,00 € | 741,00 € |
| § 4 (2) Nr. 5 NFVG | Straßensondernutzung | 3.577,00 € | 3.577,00 € |
| § 4 (2) Nr. 6 NFVG | Deichrecht | 2.044,00 € | 2.044,00 € |
| § 4 (3) Nr. 1 NFVG | Wohnraumförderungsgesetz | 43.792,00 € | 43.774,00 € |
| § 4 (3) Nr. 2a NFVG | Denkmalschutz-/pflege | 3.400,00 € | 3.399,00 € |
| § 4 (3) Nr. 2b NFVG | Personenstandswesen | 1.428,00 € | 1.427,00 € |
| § 4 (4) NFVG | Städtebauförderung | 6.223,00 € | 6.213,00 € |
| § 4 (5) Nr. 1 NFVG | Städtebaurecht | 27.753,00 € | 27.716,00 € |
| § 4 (5) Nr. 2 NFVG | Abfallvermeidung-/wirtschaft | 463,00 € | 462,00 € |
| § 4 (6) NFVG | Naturschutzrecht | 42.799,00 € | 42.799,00 € |

| | | | |
|-------------------|-----------------------|--------------|--------------|
| § 4 (7) NFVG | Wasserrecht | 33.984,00 € | 33.984,00 € |
| § 4 (7) S. 2 NFVG | Niedersächsischer Weg | 62.602,00 € | 62.602,00 € |
| Ergebnis | | 367.430,00 € | 367.341,00 € |

Leistungen für Systembetreuung und Verwaltungstätigkeit in Schulen (§ 5 NFVG)

Der Betrag wird nach der Zahl der Schülerinnen und Schülern an den Schulen der Schulträger auf die Schulträger aufgeteilt.

| Rechtsgrundlage | Beschreibung Land | Betrag 2021 | Betrag 2022 |
|-----------------|--------------------------------|--------------|--------------|
| § 5 (1) NFVG | Schulen - Systembetreuung | 108.451,00 € | 106.897 € |
| § 5 (2) NFVG | Schulen - Verwaltungstätigkeit | 58.767,00 € | 58.025 € |
| Ergebnis | | 167.218,00 € | 166.944,00 € |

Leistungen für inklusive Schulen (Inkl-FinG)

Leistungen aufgrund des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes (NBGG)

Zuweisungen gem. § 14 NBGG

Jahr 2021

| Verteilungsbetrag | Einwohner/-innen 30.06.2020 Niedersachsen | Betrag je Einwohner |
|-------------------|---|------------------------|
| 1.500.000,00 € | 7.996.157 | 0,18759026 € |

| Landkreis | Einwohner/-innen 30.06.2020 | Betrag je Einwohner | Leistung 2021 |
|---------------------------------------|--------------------------------|---------------------|---------------|
| Friesland | 98.820 | 0,18759026 € | 18.538,00 € |
| Davon: Verteilungsbetrag Gemeinden | 98.820 | 0,06849828 € | 6.770,00 € |
| Verbleib beim Landkreis | | | 11.768,00 € |

Jahr 2022

| Verteilungsbetrag | Einwohner/-innen 30.06.2021 Niedersachsen | Betrag je Einwohner |
|-------------------|---|------------------------|
| 1.500.000,00 € | 8.015.326 | 0,18714161 € |

| Landkreis | Einwohner/-innen 30.06.2021 | Betrag je Einwohner | Leistung 2022 |
|---------------------------------------|--------------------------------|---------------------|---------------|
| Friesland | 99.039 | 0,18714161 € | 18.534,00 € |
| Davon: Verteilungsbetrag Gemeinden | 99.039 | 0,68326620 € | 6.768,00 € |
| Verbleib beim Landkreis | | | 11.766,00 € |